

Schleswig-Holsteinischer Landtag  
Stenographischer Dienst und Ausschußdienst

# **N i e d e r s c h r i f t**

## **Finanzausschuß**

32. Sitzung  
am Donnerstag, dem 10. April 1997, 10:00 Uhr,  
im Sitzungszimmer des Landtages

**Anwesende Abgeordnete**

Lothar Hay (SPD)

Vorsitzender

Holger Astrup (SPD)

Uwe Döring (SPD)

Ursula Kähler (SPD)

Günter Neugebauer (SPD)

Eva Peters (CDU)

Reinhard Sager (CDU)

Thomas Stritzl (CDU)

Monika Heinold (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wolfgang Kubicki (F.D.P.)

**Fehlende Abgeordnete**

Berndt Steincke (CDU)

**Weitere Abgeordnete**

Anke Spoorendonk (SSW)

**Weitere Anwesende**

siehe Anlage

<b>Tagesordnung:</b>		<b>Seite</b>
<b>1.</b>	<b>Über- und außerplanmäßige Ausgaben und Verpflichtungen für das IV. Vierteljahr des Haushaltsjahres 1996</b>	<b>5</b>
	Vorlage des Ministeriums für Finanzen und EnergieUmdruck 14/568	
<b>2.</b>	<b>Programm für Innovationsassistentinnen und -assistenten</b>	<b>7</b>
	Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNENDrucksache 14/562	
<b>3.</b>	<b>Haushaltsvollzug im Jahre 1996</b>	<b>8</b>
	Vorlage des Ministeriums für Finanzen und EnergieUmdruck 14/617	
<b>4.</b>	<b>a) Haushaltsführung im Haushaltsjahr 1997</b>	<b>9</b>
	Vorlage des Ministeriums für Finanzen und EnergieUmdruck 14/618	
	<b>b) Steueraufkommen in Schleswig-Holstein im I. Quartal 1997</b>	
	Vorlage des Ministeriums für Finanzen und EnergieUmdruck 14/680	
<b>5.</b>	<b>Rechnung des Landesrechnungshofs Schleswig-Holstein für das Haushaltsjahr 1995</b>	<b>10</b>
	Vorlage des Präsidenten des Schleswig-Holsteinischen LandtagUmdruck 14/643	
<b>6.</b>	<b>Zentrale PersonalkostenhochrechnungAntrag auf Freigabe von Haushaltsmitteln durch den Finanzausschuß</b>	<b>11</b>
	Vorlage des InnenministeriumsUmdruck 14/660	
<b>7.</b>	<b>Veräußerung der landeseigenen Liegenschaft in Altenholz, Herrenhaus "Gut Stift"</b>	<b>12</b>
	Vorlage des Ministeriums für Finanzen und EnergieUmdruck 14/661	
<b>8.</b>	<b>Veräußerung der landeseigenen Liegenschaft (Büro- und Amtsleiterdienstgebäude) des ehemaligen Forstamtes Rendsburg, Adolf-Steckel-Straße 22, 24768 Rendsburg</b>	<b>13</b>
	Vorlage des Ministeriums für Finanzen und EnergieUmdruck 14/679	
<b>9.</b>	<b>a) Aufhebung des Sperrvermerks bei Titel 1603-684 03</b>	<b>14</b>
	Vorlage des Ministeriums für Finanzen und EnergieUmdruck 14/673	
	<b>b) Aufhebung des Sperrvermerks bei Titel 1603-683 01</b>	
	Vorlage des Ministeriums für Finanzen und EnergieUmdruck 14/675	
<b>10.</b>	<b>Information/Kenntnisnahme</b>	<b>15</b>
<b>11.</b>	<b>Verschiedenes</b>	<b>16</b>

Der Vorsitzende, Abg. Hay, eröffnet die Sitzung um 10:00 Uhr und stellt die Beschlußfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Vor Eintritt in die Tagesordnung teilt der Vorsitzende mit, daß die Sitzung der Arbeitsgruppe "Haushaltsprüfung", zu der mit Schreiben vom 9. April 1997 im Anschluß an diese Sitzung des Finanzausschusses eingeladen worden sei, ausfallen müsse, da die Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ihre internen Beratungen über den Entwurf der Voten noch nicht abgeschlossen habe. Er greift eine Bemerkung des Abg. Sager auf und erklärt, daß er zu einer Sitzung erst dann einladen werde, wenn ihm Änderungsanträge vorlägen.

Punkt 1 der Tagesordnung:

**Über- und außerplanmäßige Ausgaben und Verpflichtungen für das IV. Vierteljahr des Haushaltsjahres 1996**

Vorlage des Ministeriums für Finanzen und EnergieUmdruck 14/568

P Dr. Korthals eröffnet die Diskussion mit der Feststellung, daß von dem Betrag der über- und außerplanmäßigen Ausgaben für das **IV. Quartal 1996** in der Größenordnung von 42,3 Millionen DM mehr als 50 %, nämlich 23,8 Millionen DM, nicht gedeckt gewesen seien, und verweist auf § 37 Abs. 5 LHO, wonach über- und außerplanmäßige **Ausgaben** durch **Einsparungen** bei anderen Ausgaben in demselben Einzelplan ausgeglichen werden sollen. M Möller hält dagegen, daß er bereits am 14. Januar 1997 in der Vorlage "Haushaltsvollzug und Konsequenzen", Umdruck 14/376, darauf hingewiesen habe, daß ein Teil der überplanmäßigen Ausgaben wegen der angespannten Haushaltslage im IV. Quartal 1996 nicht habe gedeckt werden können.

**Lfd. Nr. 6, 0501-526 01, Gerichts- und ähnliche Kosten**

Die Frage des Vorsitzenden nach den Ursachen für eine überplanmäßige Ausgabe in der Größenordnung von nahezu 20 % des Haushaltssolls beantwortet RA Koch mit einem Hinweis auf die Vorlage vom 9. Dezember 1996, Umdruck 14/314. Über die Gründe für die Streitigkeiten im Einzelfall vermöge er im Augenblick nichts zu sagen, da die Zunahme der Schadensersatzprozesse ihre Begründung in der allgemein gestiegenen Streitmentalität finde.

Zu einer Antwort auf die weitere Frage des Vorsitzenden, nach welchen Kriterien geprüft werde, ob ein Berufungsverfahren angebracht sei, sieht sich St Dr. Lohmann angesichts der Materialfülle gegenwärtig nicht in der Lage, sagt aber eine schriftliche Antwort zu.

M Möller sagt zu, den Wunsch der Abg. Stritzl und Neugebauer auf vertiefte Begründung der überplanmäßigen Ausgaben unter den **lfd. Nrn. 4, 20, 21, 22, 25 und 30** zur schriftlichen Beantwortung an die Fachressorts weiterzuleiten.

\* \* \*

**Der Vorsitzende empfiehlt - unterstützt von Abg. Astrup -, zur Beschleunigung und Verkürzung des Verfahrens zu der bisherigen Praxis zurückzukehren und Fragen über den Geschäftsführer des Finanzausschusses vorab den Fachressorts zur mündlichen Beantwortung in der jeweiligen Ausschußsitzung zukommen zu lassen.**

**Punkt 2 der Tagesordnung:****Programm für Innovationsassistentinnen und -assistenten**

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNENDrucksache  
14/562(überwiesen am 12. März 1997 an den Wirtschaftsausschuß und den  
Finanzausschuß)

Der Ausschuß folgt dem Vorschlag des Vorsitzenden, an der bewährten Praxis festzuhalten und die Behandlung einer dem Finanzausschuß zur Mitberatung überwiesenen Vorlage erst dann aufzunehmen, wenn der jeweils federführende Ausschuß sein Votum erarbeitet hat.

Abg. Kubicki fragt, welche Effekte sich die Landesregierung von dem Programm für Innovationsassistentinnen und -assistenten verspreche, und erkundigt sich außerdem nach den Kriterien für die Auswahl und die Verteilung auf Projekte und Unternehmen. Abg. Neugebauer möchte wissen, ob die Landesregierung bereits Richtlinien für dieses Programm entwickelt habe.

Punkt 3 der Tagesordnung:

### **Haushaltsvollzug im Jahre 1996**

Vorlage des Ministeriums für Finanzen und EnergieUmdruck 14/617

M Möller greift eine Bemerkung von P Dr. Korthals auf und stellt den Ausgaberesten in Höhe von mehr als 360 Millionen DM Einnahmereste in der Größenordnung von 45,4 Millionen DM gegenüber; gleichzeitig sagt er zu, dem Finanzausschuß demnächst die detaillierte Aufteilung der Einnahmereste auf die Einzelpläne zuzuleiten. Im übrigen - so betont M Möller - seien die Buchungsvorgänge um die Jahreswende 1996/97 in Gesprächen mit dem Bundesfinanzminister und den Finanzminister anderer Länder akzeptiert und für richtig befunden worden.

Abg. Sager stellt auf die tatsächliche Nettokreditaufnahme in der Größenordnung von 1.248,7 Millionen DM ab und fragt, ob sich das Land mit diesem Betrag noch innerhalb der von der Verfassung gezogenen Grenze bewege. M Möller bejaht diese Frage und gibt die Differenz mit 14 Millionen DM an.

Abg. Stritzl bittet um Auskunft über die Entwicklung der Ausgaben für die Unterstützung der strukturschwachen Räume. - M Möller sagt eine schriftliche Antwort zu.

Punkt 4 der Tagesordnung:

**a) Haushaltsführung im Haushaltsjahr 1997**

Vorlage des Ministeriums für Finanzen und Energie    Umdruck 14/618  
hierzu: Umdruck 14/653

**b) Steueraufkommen in Schleswig-Holstein im I. Quartal 1997**

Vorlage des Ministeriums für Finanzen und Energie    Umdruck 14/680

M Möller stellt das Steueraufkommen in Schleswig-Holstein im I. Quartal 1997 dar und erläutert in großen Zügen den Haushaltsführungserlaß 1997. Im Zuge dieser Ausführungen kündigt er für das Haushaltsjahr 1997 einen Nachtragshaushalt an. Parallel zur offiziellen Steuerschätzung, die für den 15./16. Mai 1997 erwartet werde, werde das Land eine regionale Steuerschätzung vornehmen und über das Ergebnis bereits in der für den 29. Mai 1997 angekündigten nächsten Sitzung des Finanzausschusses berichten.

In der anschließenden Diskussion, in der im wesentlichen Fragen der Haushaltsführung, des Steueraufkommens und der Ausgabenkürzung angesprochen werden, mahnt Abg. Spoorendonk "Visionen" zur Ankurbelung der Wirtschaft an, und Abg. Kähler plädiert dafür, sich auch sogenannten "spinnerten Ideen" bei den Überlegungen zur Ausgabenreduzierung zu öffnen und die Fachausschüsse um entsprechende Aktivitäten zu bitten.

Punkt 5 der Tagesordnung:

**Rechnung des Landesrechnungshofs Schleswig-Holstein für das  
Haushaltsjahr 1995**

Vorlage des Präsidenten des Schleswig-Holsteinischen Landtages Umdruck  
14/643

Der Finanzausschuß beauftragt auf Vorschlag des Vorsitzenden die Arbeitsgruppe "Haushaltsprüfung" mit der Prüfung der Rechnung des Landesrechnungshofs für das Haushaltsjahr 1995.

Punkt 6 der Tagesordnung:

**Zentrale PersonalkostenhochrechnungAntrag auf Freigabe von  
Haushaltsmitteln durch den Finanzausschuß**

Vorlage des InnenministeriumsUmdruck 14/660

ORR Hoppe antwortet auf eine Frage des Abg. Stritzl, daß das Innenministerium in Erwartung einer Entsperrung die Datenzentrale beauftragt habe, die Produktionsarbeiten für die Beamtenbesoldung durchzuführen; für diesen Zweck seien bisher insgesamt 5.000 DM angefallen. Für die Produktionsarbeiten für die Angestelltenvergütung sei mit der Datenzentrale ein Betrag von 100.000 DM ausgehandelt worden; der zweite Teilbetrag in derselben Größenordnung sei für mögliche Programmänderungen vorgesehen.

St Dr. Lohmann erläutert, daß das künftige Programm die Hochrechnung der Einzeldaten aller 65.000 Landesbediensteten darstelle. Die Frage eines alternativen Anbieters stelle sich nicht; die Vergabe der Arbeiten an die Datenzentrale sei erstens deswegen erfolgt, weil nur die Datenzentrale über das entsprechende Programm verfüge, und zweitens spielten Datenschutzgründe eine Rolle.

Abg. Neugebauer erkundigt sich nach den laufenden Kosten der zentralen Personalkostenhochrechnung. ORR Hoppe antwortet, daß man sich in der Anfangsphase befinde und deswegen noch keine Aussagen über die Entwicklung der Produktionskosten machen könne.

St Dr. Lohmann stellt den zur Diskussion stehenden Betrag von 200.000 DM in Relation zu dem Volumen von 5,8 Milliarden DM Personalkosten des Landes Schleswig-Holsteins insgesamt.

Einstimmig stimmt der Ausschuß dem Antrag des Innenministers, Umdruck 14/660, zu.

Punkt 7 der Tagesordnung:

**Veräußerung der landeseigenen Liegenschaft in Altenholz, Herrenhaus  
"Gut Stift"**

Vorlage des Ministeriums für Finanzen und EnergieUmdruck 14/661

P Dr. Korthals bittet, bei derartigen Vorlagen in Zukunft grundsätzlich Angaben darüber zu machen, welchem Zweck der Kaufpreis zugeführt werden soll.

Abg. Stritzl bittet, dem Ausschuß zum geeigneten Zeitpunkt eine Aufstellung über die in diesem Jahr veräußerten Grundstücke und über die Verwendung der Gelder zukommen zu lassen. Das Prinzip, nach dem die Veräußerungsgewinne grundsätzlich dem Grundstock zugeführt werden, dürfe nicht in der Weise ausgehöhlt werden, daß die Ausnahme zur Regel werde.

Einstimmig stimmt der Ausschuß dem Antrag auf Veräußerung zu.

Punkt 8 der Tagesordnung:

**Veräußerung der landeseigenen Liegenschaft (Büro- und  
Amtsleiterdienstgebäude) des ehemaligen Forstamtes Rendsburg, Adolf-  
Steckel-Straße 22, 24768 Rendsburg**

Vorlage des Ministeriums für Finanzen und EnergieUmdruck 14/679

Ohne Aussprache stimmt der Ausschuß dem Antrag auf Veräußerung einstimmig zu.

Punkt 9 der Tagesordnung:

**a) Aufhebung des Sperrvermerks bei Titel 1603-684 03**

Vorlage des Ministeriums für Finanzen und Energie Umdruck 14/673

**b) Aufhebung des Sperrvermerks bei Titel 1603-683 01**

Vorlage des Ministeriums für Finanzen und Energie Umdruck 14/675

M Birk trägt auf eine Bemerkung des Abg. Stritzl vor, neu an dem Projekt sei der Ansatz, daß ohne die Vermittlung einer großen Institution direkte Kontakte zwischen behinderten und nichtbehinderten Frauen geschaffen werden, um Defizite abzubauen und Abstimmungsmöglichkeiten zu schaffen und damit der doppelten Diskriminierung - Frauen und Behinderte - entgegenzuwirken.

P Dr. Korthals fragt, ob sich der zuständige Ausschuß des Landtages bereits mit dem dem Antrag zugrunde liegenden Konzept befaßt habe, und Abg. Sager hält es für wichtig, das Votum des Fachausschusses zu der erbetenen Freigabe der Mittel einzuholen. Der Vorsitzende merkt an, daß der Finanzausschuß ausschließlich wegen des finanziellen Aspekts mit dieser Angelegenheit befaßt sei. Abg. Heinold legt dar, daß die Bereitstellung der Mittel vom gesamten Parlament mit der Verabschiedung des Haushalts 1997 beschlossen worden sei und daß im Zuge der vorangehenden Haushaltsberatungen das Konzept im zuständigen Fachausschuß mit Sicherheit besprochen worden sei. Abg. Kähler schließt sich dieser Argumentation an.

Die Frage des Abg. Stritzl nach der kommunalen Einbindung beantwortet M Birk dahin, daß bei beiden Projekten der kommunale Aspekt nicht im Vordergrund stehe; sollte eine Kommune an der Mitwirkung interessiert sein, sei es notwendig, "in die Puschen zu kommen".

In getrennten Abstimmungen werden die Mittel jeweils mit den Stimmen der SPD gegen die Stimmen der CDU freigegeben.

Punkt 10 der Tagesordnung:

**Information/Kenntnisnahme**

**Umdruck 14/594:** VV-Städtebauförderung 1997  
**Umdruck 14/613:** Landeseigene Labore  
**Umdruck 14/634:** Haushaltsgrundsätzegesetz  
**Umdruck 14/641:** Berichtswunsch - Gemeinsame Sitzung des Finanz- und des Wirtschaftsausschusses am 25. November 1996

Der Ausschuß nimmt die Vorlagen zur Kenntnis.

Punkt 11 der Tagesordnung:

### **Verschiedenes**

- a) Der Vorsitzende teilt mit, die Fraktion der SPD habe gebeten, den in Umdruck 14/248 für **Donnerstag, den 5. Juni 1997**, festgelegten Sitzungstermin ausfallen zu lassen.
- b) Der Ausschuß kommt überein, den Beginn der auf **Donnerstag, den 29. Mai 1997**, terminierten Sitzung, in der unter anderem über das Ergebnis der Steuerschätzung und die Auswirkungen auf Schleswig-Holstein gesprochen werden soll, auf 9:00 Uhr vorzuverlegen.
- c) Die nächste Sitzung der **Arbeitsgruppe "Haushaltsprüfung"** wird auf **Donnerstag, den 22. Mai 1997**, 10:00 Uhr, terminiert. Neben der Prüfung der Rechnung des Landesrechnungshofs für das Haushaltsjahr 1995 soll auch der Entwurf der Voten zu den Bemerkungen 1996 abschließend beraten werden.
- d) Der Vorsitzende bittet, Änderungsvorschläge zu dem von ihm unter dem 11. April 1997 vorgelegten **Terminplan für die zweite Hälfte des Jahres 1997** bis zum 30. April 1997 mitzuteilen.

Der Vorsitzende schließt die Sitzung um 12:35 Uhr.

gez. Hay  
Vorsitzender

gez. Breitkopf  
Geschäfts- und Protokollführer